

Druckerei
Hof- und
Königl. Hof-
druckerei
Hof- und
Königl. Hof-
druckerei

Wossifische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zenitrum 8680, 8681, 8682, für Ferngespräche Amt Zenitrum 10 640, 10 641.

Anzeigen

en

aturen,

de, nach ausgef.

14. 14. 14. 14.

Meine Eltern

21. 21. 21. 21.

Unterfeldstr. 47.

beredungen

ng von Gold-

kommen an

fa von landes-

schichte Zentr-

Mitteltagen

n. Bogler

u. G. P. 769

ger) nach H.

1. 1. 1. 1.

1. 1. 1. 1.

561. an die

shyharving

o, will grechen

in a good

montha; tes

as one of

T. W. 6297.

glor A.-G.

beret, aus d.

idde gef. Df.

unt 71.

re alt, Winter,

lecker vermag

o. 582. an

Zeitung.

ornstein,

arete,

ewald,

tr. 14.

unewald,

Uhlend 289.

Dame,

mit Meißner,

mit Hütten,

senden Herrn

Sager-

0.

einer Mt.

Vermögen

at mit un-

5 Jahre,

3 Jahre,

Metz-

Zeitung.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

London, im September.
Der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Manchester war nicht so aufregender Natur wie seine Vorgänger in den Jahren 1911 und 1912. Den Anregern auf den beiden extremen Flügeln, den anarcho-syndikalistischen wie den konservativen Gewerkschaften, war ausgiebig Gelegenheit geboten, die Leistungen und die Taktik der Arbeitervertretung im Parlament zu kritisieren. Man konnte diesen Schwarzsehern um so eher freien Spielraum zu ihren bedeutungslosen Zäntereien gewähren, als der Kongreß als solcher jedesmal mit großer Mehrheit die Haltung der parlamentarischen Arbeiter-Repräsentanten gutheißt. Ich spreche hier allerdings nur von den Angriffen, die von außerhalb der eigentlichen Arbeiterpartei eingehend kommen. Daß sich innerhalb der Partei eine bedeutsame Scheidung zwischen den wachsenden Sozialisten und den Arbeitsparteilichen des alten Schlags mit ihrem mehr wirtschaftlichen als politischen Programm vorbereitet, ist eine Tatsache, die auch dem Gewerkschaftskongreß aus naheliegenden Gründen zum Aufsteigen gekommen war.

Wenn somit der Kongreß im großen und ganzen wenig Bemerkenswertes bot, so sollte auch insbesondere jene lebhafteste Stimmung, die bei der Behandlung aktuell gewordener Grundlegender Fragen auf den Tagungen zu herrschen pflegt. Es lag eben nichts Aktuelles vor. Und hätte das Eisenbahnunglück auf der Midlandbahn nicht zufällig die Handhabe zu einer erregteren Debatte gegeben, so würde man die diesjährigen Verhandlungen als langweilig bezeichnen müssen.

Zumershin hat man sich mit den prinzipiellen Festlegungen des Kongresses zu befassen. Einige der angenommenen Resolutionen bedeuten freilich für absehbare Zeit lediglich eine zur Stimmungsmaße ausgelegte Schaufensterdekoration. So vor allem der Beschluß, die Gewerkschaftsverbände und das mit ihnen arbeitende parlamentarische Parteimitglied der Arbeiterfraktion aufzufordern, Sorge zu tragen, daß, sobald den nach Zeit wie nach Arbeitsleistung besoldeten Arbeitern aller Kategorien in den Industriellen wie in den privaten Berufen unverzüglich eine Aufbesserung von 5 Schilling pro Woche gewährt werde. Kein Mensch auf dem Kongreß hat daran gedacht, die wirtschaftlichen Folgen und die praktische Durchführbarkeit einer so einschneidenden, merkantilistischen allgemeinen Maßnahme auch nur mit einem Wort zu prüfen. Das war aber auch nicht nötig. Denn kein verantwortlicher Arbeiterführer nimmt diesen freigelegten Beschluß wirklich ernst. Was offensichtlich behandelt selbst die Parteileitung ihn als ein nur auf Stimmungsmaße berechnetes Schlagwort.

Inredt läte man hingegen, den Ruf nach Einführung des allgemeinen Achtstundentages gleichfalls als eine inhaltlichle Phrase aufzunehmen. Man steht hier einem Problem gegenüber, das die Arbeiterchaft des vereinigten Königreichs schon jetzt lebhaft interessiert und das, wenn nicht alle Zeichen trügen, den Brennpunkt des nächsten großen wirtschaftlichen Kampfes in England bilden wird. Zu verurteilen ist nur, wie wenig sich das englische Publikum um diese Frage kümmert. Wieder einmal zeigt sich in breiten Volksschichten, über die sich das Ausland bei dem vorjährigen Generalstreik der Bergarbeiter wundern mußte. Jetzt hat bereits eine halbe Million Arbeiter dafür gestimmt, die Forderung des unbedingt durchzuführenden Achtstundentages in das offizielle Gewerkschaftsprogramm aufzunehmen. Eine weitere fünfstellmillion Arbeiter geht darüber hinaus und wünscht der Forderung nachdruck zu verleihen durch „direkte politische Aktion“. Was unter diesem etwas dunklen Ausdruck zu verstehen ist, wird aus den Worten des Kongreßpräsidenten Davis klar: „Das Problem (nämlich des Achtstundentages), ist so wichtig, daß es leicht zum Sturz und zur Neubildung des Ministerkabinetts führen kann. Der parlamentarische Fraktionsausdruck wird die Frage nicht eher ruhen lassen, bis eine befriedigende Lösung gefunden ist.“

Das Interessanteste an dem diesjährigen Kongresse ist aber das, was nicht gesagt wurde. Angesichts des Antriebszustandes in London, des Ringens zwischen den Unternehmern und dem Transportarbeiterverband in Dublin und der freilich ziemlich ungenügend ausgeprochenen Drohung erneuter Unruhen unter den Eisenbahnern und den Bergleuten kann man unumgänglich besaupten, daß die industrielle Unruhe ein völlig gesichertes harmonisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geworden sei. Die Hauptaufgabe der Arbeiter ist der Ausland. Es ist fast unbegreiflich, daß die Vertreter der organisierten Arbeiter Englands auch nicht einen kleinen Teil ihrer Zeit der Frage, ob ein Zustand wahrscheinlich, ob er nützlich ist, gewidmet haben. Das war in den Vorjahren anders. Kann man das fehlen des Themas „Streik“ auf dem Programm des diesjährigen Gewerkschaftskongresses dahin deuten, daß die Symptome einer Kampf Stimmung nicht mehr so akut sind wie in den Jahren 1911 und 1912? Man darf die Frage wohl bejahen, wenn man die verständigen Worte beachtet, die der Arbeiterführer Davis in der Eröffnungsansprache an die Delegierten richtete: „Kein Mann mit gesundem Menschenverstand kann Zustände billigen, wenn nicht

Frankreich und König Konstantin.

(Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.)

Paris, 9. September. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Der Wiederhall der zwischen Kaiser Wilhelm und dem König von Griechenland ausgetauschten Worte bei Ueberreichung des Marschallstabes an den König Konstantin ist in Paris, wie vorauszu sehen war, äußerst lärmend und heftig. Dabei ist zu bemerken, daß die eigentlichen nationalistischen Blätter verhältnismäßig am ruhigsten blieben, die republikanischen dagegen den gereiztesten Ton anschlugen.

So halten besonders die „Revue Republique“ und die „Action“ dem König von Griechenland seine Undankbarkeit vor, und das erkannte Blatt erlaubt sich auch, dem Kaiser eine Rüge zu erteilen, die einfach frech ist. Die „Action“ erinnert daran, daß König Konstantin bereits seine unfreundliche Gesinnung dem Franzosen gegenüber bei den griechischen Mandatären von 1912 gezeigt hat, als er wenig verbindliche Würdigungen den Deutschen zuteil werden ließ, die der griechischen Armee durch den General Chourou zuteil geworden waren. „Revue Republique“ erinnert an die Niederlagen, die Griechenland im Jahre 1897 erlitten hat und an den Bestand, den damals Europa und besonders Frankreich dem bedrängten kleinen Lande ernies, um es vor der Zermalnung durch die Türken zu retten. Damals hätte er doch mehr die Schärfe seiner Sporen als die Freundlichkeit seiner Taktik gezeigt. Dieser Auszug genügt zur Kennzeichnung des angelegenen Tones. Es wird dann schon durchdringend gelassen, daß unter solchen Umständen der König von Griechenland besser täte, nicht nach Paris zu kommen, obgleich der Präsident der Republik auf die diesbezügliche Anfrage mit freundlicher Bereitwilligkeit geantwortet habe. Selbst der sonst ruhige „Figaro“ kann sich eines aggressiven Tones nicht enthalten, bleibt aber immer in den Grenzen der Höflichkeit. Als verhältnismäßig gemessen, verständlich und annehmbar ist dagegen die Bemerkung des Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ zu bezeichnen, in der allerdings auch darauf hingewiesen wird, daß bei der Schlacht von Larissa der heutige König Konstantin sich nicht weniger als glorreich gezeigt habe, was auch der deutsche Kaiser selbst hervorzuheben habe, indem er mehrmals diese Schlacht als ein nicht nachzuahmendes Beispiel hinstellte. Wenn auf die vernichtende Niederlage ein glänzender Sieg folgte, so ist das nicht nur auf die Tapferkeit oder das militärische Wissen des Königs Konstantin zurückzuführen, sondern auch auf die Neuorganisation der griechischen Armee und die moderne Artillerie, und nicht zum wenigsten auf die Zusammenhänge, die nicht die gleichen im letzten Kriege waren wie im ersten griechisch-türkischen Feldzuge.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Erregung allgemein und heftig ist und daß König Konstantin sicher keine freundliche Aufnahme in Frankreich finden wird. Gewisse Franzosen erinnern bereits an den Empfang, der seinerzeit dem König Alfonso XII. als er aus Berlin über Paris zurückkehrte, zuteil wurde, und beklagen eine Wiederholung der demaligen heftigen Austritte. Es wird auch hier und da angedeutet, daß Griechenland diese ungeschickliche Sprache seines Königs bald bebauern wird, wenn es sich um die Regelung finanzieller Fragen in Paris handeln wird.

Deutschfreundliches aus Griechenland.

(Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.)

Athen, 9. September. Die dem König Konstantin von Seiten des deutschen Kaisers erwiesenen Ehrungen haben in der öffentlichen Meinung und in der Presse nationalen Stolz und Hochgefühl ausgehütet. Es wird darauf hingewiesen, daß das Wohlwollen Deutschlands, das wie ganz Europa vor klar in die Ergebung trat, als Griechenland unter der Leitung seines schneidigen Königs in zwei Kriegen seine unermüdliche Lebenskraft bewiesen und sein Prestige glänzend wiederhergestellt habe. Man versteht nicht, welche großen Vorteile Griechenland auch in Zukunft von Deutschlands Unterstützung zu ziehen hofft, denkt aber zugleich an, daß Griechenland Deutschland nicht minder wertvolle Dienste leisten könne, da beide zum gemeinsamen Gegner des Slaventums hätten, das durch sein Ersticken im Mittelmeer bedrohlich zu werden anfange. Die Deutschen eine allgemeine Ansicht gegenüber der inorganischen Rasse zu erfüllen habe, nämlich diese von der künftigen Gefahr zu retten, so bemerke sich auch die Kulturmission Griechenlands im Orient in der gleichen Richtung. Allgemein wird dankbar empfunden, daß die Zeit der Wohlverhältnisse vorüber ist und daß die freundschaftlichen Beziehungen Griechenlands zum Deutschen Reich für beide Nationen erproblich sein werden.

Die Cholera.

Bukarest, 9. September. Nach dem amtlichen Bericht über den Stand der Cholera beträgt die Zahl der früheren Fälle 533, die der neuen Fälle 112. 64 Fälle verliefen tödlich, 15 wurden geheilt, und 604 sind in Behandlung, außerdem liegen in den Militärspitälern von Rumäguniele 50, von Sulinia 25, von Silistria 50 Kranke.

Sofia, 9. September. Die Begleit-Widbin, Brasch, Plewna, Sklowo sind für choleraerzeugend erklärt worden. Es sind alle Maßnahmen ergriffen worden, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern.

Japan und China.

Die Angelegenheit der in Hankang gestörten drei Japaner zieht immer weitere Kreise. Quantität hatte seinerzeit bei Beginn des Sinesisch-japanischen Krieges den fremden Mächten gegenüber die förmliche Versicherung gegeben, daß die chinesische Regierung für jeden den Ausländern zugefügten Schaden aufkommen würde. Er hat auch jetzt in Tokio zugleich mit dem Ausdrück seines Bedauerns, sofort die Versicherung einer entsprechenden Entschädigung machen lassen. Trotzdem nimmt in Japan die Erregung gegen China weiter zu. Der Zwischenfall von Hankang ist eben nur ein Zeichen aus vielen für den zwischen den beiden Nationen bestehenden Haß. Auf der einen Seite steht eine in gewaltigem Aufstiege hochgekommene Nation mit einem überaus starken nationalen Empfinden und dem Bewußtsein ihrer überlegenden Stärke, auf der andern Seite ein leistungsfähiger, noch immer energiegeloster staatlicher Nationalorganismus, der, seiner Schwäche bewußt, die Wünsche und Wünsche des Nachbarn durchschaut, ohne ihm irgendwelche Wirkungen entgegenzusetzen zu können.

Alle imperialistischen Elemente in Japan drängen die Regierung zu Schritten, die in keinem Verhältnis zu dem Borgestellten stehen würden und die sich bis zu der Forderung der Besetzung ganzer chinesischer Provinzen verfolgen. Inzwischen wird ja bekanntlich auch in Ostasien nichts so heiß gesehen, wie es geschieht wird. Uns wird gebotet:

London, 9. September. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Die japanische Regierung hat noch immer keine bestimmte Erklärung über ihren Standpunkt in Sachen des Maffares von Japanern in Hankang abgegeben. Der Verband der sogenannten China-Gesellschaft in Japan hat einen Beschluß gefaßt, in dem die Besetzung der östlichen Mongolei, der süblichen Mandchurei und des japanischen Ostasien verlangt wird. In Tokio finden Massenversammlungen statt, von denen Abordnungen an das Ministerium der auswärtigen und an das Kriegsministerium entsandt wurden. Für die offizielle Stimmung ist es bedeutsam, daß eine derartige Abordnung einer Volkversammlung auf dem Ministerium des Auswärtigen von dem ersten vortragenden Rat empfangen wurde.

Peking, 8. September. (Reuterübertragung.) Die chinesische Regierung ist sehr beunruhigt wegen der Bewegung, die in Japan aus Anlaß der Ermordung von drei Japanern während der Kämpfe in Hankang eingeleitet hat. Die Regierung hat, von dem Wunsch geleitet, jeden entstandenen Schaden wieder gut zu machen, den chinesischen Geschäftsträger in Tokio anzuweisen, dem japanischen Konsuln in Tokio ein Schreiben zu geben, um Ausdrück zu bringen. Wenn hat der jüngst ernannte chinesische Gesandte in Tokio Befehl erhalten, nach Hankang zu gehen, um die Untersuchung zu leiten. Während so alle Anstrengungen gemacht werden, um Japan zu beruhigen, neigt man in Peking in den Kreisen der Fremden zu der Ansicht, daß die japanische Bewegung etwas Maßlos ist.

In Tokio haben die gegen die Chinesen gerichteten Ausschreitungen auch heute vormittag angebauert, aber über zu ersten Folgen zu führen. Drei Mitglieder des militärischen Rates sind zu einer Unterredung mit dem Kaiser nach Nikko berufen worden. Einer Abordnung von Politikern teilte der Ministerpräsident mit, daß die Regierung nicht die Absicht habe, zu mobilisieren, daß sie aber die chinesischen Fragen mit Festigkeit behandeln werde.

Peking, 9. September. (Deutsche Kabelgr.-Ber.) Zwei japanische Kreuzer und ein Kanonenboot unter dem Kommando eines Admirals sind vor Hankang eingetroffen und haben 200 Matrosen gelandet. Die japanische Presse bringt aus Anlaß des Zwischenfalls in Hankang heftige Geparikel.

Das neue chinesische Kabinett.

London, 9. September. Die „Times“ meldet aus Peking vom 8. d. M.: Die Kammer hat dem von dem Ministerpräsidenten Sunghshiling gebildeten Kabinett zugestimmt. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Reiches: Sunpuochi, Inneres: Tschuchifan, Justiz: Wang Tschinghan, Unterricht: Wang Tschien, Industrie: Wang Tschien, Finanzen: Wang Tschien. Der Ministerpräsident übernimmt provisorisch das Finanzportefeuille.

Das Zwischenpiel von Gümüldschina.

Konstantinopel, 9. September. Von bulgarischer Seite wird erklärt, daß die Bewegung der Türken in Gümüldschina das Wert einiger griechischer und türkischer Abteilungen ist. Man ist überzeugt, daß die Worte diese Bewegung missbilligt und den Rat erteilen wird, davon abzugehen, die Lage durch neue Schritte zu verwickeln.

Der bulgarische Delegierten wurde auf ihre Schritte wegen der Vorwommisse in Gümüldschina von türkischer Seite erwidert, daß die Worte nicht von diesen Ereignissen wisse.

Athen, 9. September. Die Nachricht auswärtiger Blätter, daß die türkische Armee den Maffarisch besetzt hat und gegen Kowala vorrückt, ist der „Ag. d'Athènes“ zufolge reine Erfindung.

Die Grenzen Albanien.

Rom, 9. September. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Athen gemeldet: Gestern abend wurde der griechischen Regierung eine Kollektion der Vertreter der Großmächte überreicht, welche die Entscheidungen der Bosphatvereinbarung in London über die Süd- und Nordgrenze Albanien enthält.